

Kollegium des BG/BRG Gmunden
Keramikstraße 28
4810 Gmunden

An den Bildungssprecher der SPÖ

Gmunden, am 09.12.2013

Betrifft: Neues Lehrerdienstrecht

Sehr geehrter Herr Mayer!

Wir Lehrerinnen und Lehrer des BG Gmunden möchten mit diesem Schreiben unsere Empörung über die jüngsten Entwicklungen in der österreichischen Schulpolitik Ausdruck verleihen. Die Lehrkräfte wurden schon von Frau Minister Schmid, von der wir uns erwartet hätten, dass sie hinter ihrer „Zunft“ steht, als faule, nur gut verdienen wollende und kompromisslose Egoisten dargestellt. Auch in der gegenwärtigen Diskussion wird von den vom Ministerium beeinflussten Medien der Eindruck vermittelt, dass es den LehrerInnen nur um die Verteidigung ihrer Privilegien und ihres Verdienstes geht. Die wahren Gründe für die vehemente Ablehnung des neuen Lehrerdienstrechts werden scheinbar bewusst verschwiegen und die Medien werden offensichtlich benutzt, um gegen uns zu hetzen. „Gone are the days“ in denen man hörte, dass gutausgebildete Menschen unsere Zukunft seien. Die derzeitigen politischen Maßnahmen bezwecken scheinbar ein Sparpaket und zwar auf Kosten der Qualität der Ausbildung der zukünftigen Generationen. Und das ist es, was uns LehrerInnen so aufbringt und verzweifelt macht.

Uns liegt eine qualitativ hohe Ausbildung der zukünftigen Schüler am Herzen und wir sprechen uns vehement gegen ein zu Grabe Tragen unseres bis jetzt sowohl im In- als auch im Ausland hoch geschätzten Bildungssystems aus.

Wir sind davon überzeugt, dass folgende von der Regierung derzeit geplanten Maßnahmen eine massive Nivellierung des Bildungsniveaus nach unten bewirken werden:

1. Die Erhöhung der Lehrverpflichtung von 20 auf 24 Werteinheiten und die Gleichstellung aller Fächergruppen.

Es wird in den Medien, wenn von LehrerInnen gesprochen wird, von 17 -20 Stunden Arbeitszeit geredet. Das stimmt nicht. Denn jede Lehrkraft, die eine Stunde Unterricht in der Klasse hält, hat mindestens eine Stunde Vor- bzw. Nachbereitung. Ein guter, lebendig gestalteter und zeitgemäßer Unterricht benötigt aber meistens sogar mehr als eine Stunde Vorbereitung. Somit kommt jede voll beschäftigte Lehrkraft auf weit mehr als 40 Stunden Arbeitszeit mit den unbezahlten Zusatzstunden wie Supplimestunden, Sprechstunden, Planungsstunden etc.. Arbeitszeitstudien zeigen, dass es durchschnittlich 51 Stunden sind. Für LehrerInnen mit Schularbeitenfächern kommt die Korrektur der Schularbeiten, regelmäßiger Wiederholungen und Hausübungen noch dazu. Die Erstellung und Korrektur von

Schularbeiten in der Unterstufe dauert je nach Unterrichtsfach, Schülerzahl und Schulstufe mindestens 6 bis 12 Stunden. Die Erstellung von Schularbeiten in der Oberstufe, die sich an der standardisierten Matura orientieren, dauert 4 bis 5 Stunden, die Korrektur zusätzliche 9 bis 20 Stunden je nach Unterrichtsfach, da die Mehrheit der Oberstufenklassen derzeit mehr als 25 Schüler hat.

Somit haben diese LehrerInnen von Korrekturfächern wöchentlich eine Mehrbelastung von bis zu 12 bzw. 25 Stunden pro Korrekturklasse zusätzlich zu den 40 Wochenstunden. Lehrpersonen mit 6 Korrekturklassen (derzeit volle Lehrverpflichtung) haben während dieser arbeitsintensiven Schularbeitszeit keinerlei Freizeit mehr, auch nicht an Wochenenden.

Eine volle Lehrverpflichtung mit 7 bis 8 Korrekturklassen ist schlichtweg nicht mehr zu schaffen. Darüber hinaus müsste man von jeglicher Korrektur der Hausübungen und Wiederholungen, die wesentlich zum Lernerfolg beitragen, gänzlich absehen. Deshalb sollte zwischen den verschiedenen Fächergruppen unbedingt mehr differenziert werden. Sprachinteressierte JunglehrerInnen könnten sonst keinesfalls mehr zwei Sprachen unterrichten.

2. Das Verhindern einer neuen Arbeitszeitstudie aus ideologischen Gründen.

Diese würde objektiv aufzeigen, wie viel Zeit jede Pädagogin bzw. jeder Pädagoge tatsächlich für die Vorbereitung ihres/seines Unterrichts benötigt. Daraus könnte man ihre/seine Arbeitsbelastung erkennen.

3. Die Vereinheitlichung der Ausbildung von PädagogInnen, die in verschiedenen Bereichen tätig sind.

Das konstante Gleichmachen aller pädagogischen Tätigkeiten und das Negieren der Tatsache, dass einer in einer 8. Klasse unterrichtenden Professorin für Mathematik andere pädagogische, intellektuelle und kognitive Fähigkeiten abverlangt werden als z. B. einer Volksschullehrerin entspricht nicht der Realität. Wäre es so, wie es das Ministerium vorsieht, dass alle PädagogInnen dieselben Fähigkeiten benötigen, dann stellt sich die Frage, warum eine Volksschullehrerin nicht bei Bedarf als Mathematikprofessorin in einer 8. Klasse AHS eingesetzt werden kann, wo sie z.B. gerade die Kompetenz „Kennen und Interpretieren von statistischen Hypothesentests und von Konfidenzintervallen“ den SchülerInnen vermitteln soll.

4. Die Forderung, dass jede Lehrkraft alle Gegenstände unterrichten solle.

Dies muss zu einer Verminderung der Qualität der Ausbildung zukünftiger Generationen führen. Jugendliche spüren sehr wohl, wenn die Lehrkraft in ihrem Fach inkompetent ist, was rasch zu Autoritätsverlust und in der Folge zu Burnout führen kann.

5. Das Masterstudium, das JunglehrerInnen berufsbegleitend (neben der vollen Lehrverpflichtung) absolvieren müssen.

Junge LehrerInnen, die für ihre Vorbereitung naturgemäß länger brauchen als erfahrene LehrerInnen, besonders dann, wenn sie ein Fach unterrichten müssen, das

sie nicht einmal studiert haben, werden überfordert sein und Gefahr laufen bei Nichtabschließen des Studiums gekündigt zu werden.

6. Das Vermindern der Lebensverdienstsumme um 20% bei gleichzeitigem Anheben der Arbeitszeit um 40%.

Schon jetzt ist die Lebensverdienstsumme einer Lehrperson geringer als die einer gleich qualifizierten Person in der Privatwirtschaft. Mit dem derzeit geplanten Gesetz würde sich für zukünftige AHS - JunglehrerInnen eine massive Lebensverdiensteinbuße ergeben, sodass der Lehrberuf verglichen mit der Privatwirtschaft noch weniger attraktiv werden würde.

Dieses Gesetz ist ein weiterer (ideologisch begründeter) Versuch die Langform der AHS abzuschaffen. Nicht eine Einheitsschule, sondern die Vielfalt von verschiedenen Schultypen wird den unterschiedlichen Bedürfnissen unserer Kinder (SchülerInnen) gerecht. Auch nicht ein Einheitsdienstrecht, sondern ein Dienstrecht, welches auf die verschiedenen Schultypen eingeht, wäre die richtige Entscheidung.

Summa summarum erwarten wir uns von Ihnen, sehr geehrter Herr Mayer, dass Sie sich für unsere Anliegen einsetzen, dass Sie nicht zulassen, dass gegen LehrerInnen, die zukünftige Generationen ausbilden werden, als personae non gratae gehetzt wird und dass nicht nach dem Prinzip „Divide et impera!“ ein Keil in die Lehrerschaft getrieben wird, um mitunter leichteres Spiel zu haben. Weiters hoffen wir, dass Ihre Partei sich dafür einsetzt, dass in Zukunft an der Ressortspitze jemand steht, der kompetent ist, dem Bildung am Herzen liegt und der die Lehrerschaft vertritt und nicht - wie derzeit leider gegeben - bekämpft.

.

Mit besorgten Grüßen

Kollegium des BG/BRG Gmunden
Keramikstraße 28
4810 Gmunden

An die Bildungssprecherin der ÖVP

Gmunden, am 09.12.2013

Betrifft: Neues Lehrerdienstrecht

Sehr geehrte Frau Marek!

Wir Lehrerinnen und Lehrer des BG Gmunden möchten mit diesem Schreiben unsere Empörung über die jüngsten Entwicklungen in der österreichischen Schulpolitik Ausdruck verleihen. Die Lehrkräfte wurden schon von Frau Minister Schmid, von der wir uns erwartet hätten, dass sie hinter ihrer „Zunft“ steht, als faule, nur gut verdienen wollende und kompromisslose Egoisten dargestellt. Auch in der gegenwärtigen Diskussion wird von den vom Ministerium beeinflussten Medien der Eindruck vermittelt, dass es den LehrerInnen nur um die Verteidigung ihrer Privilegien und ihres Verdienstes geht. Die wahren Gründe für die vehemente Ablehnung des neuen Lehrerdienstrechts werden scheinbar bewusst verschwiegen und die Medien werden offensichtlich benutzt, um gegen uns zu hetzen. „Gone are the days“ in denen man hörte, dass gutausgebildete Menschen unsere Zukunft seien. Die derzeitigen politischen Maßnahmen bezwecken scheinbar ein Sparpaket und zwar auf Kosten der Qualität der Ausbildung der zukünftigen Generationen. Und das ist es, was uns LehrerInnen so aufbringt und verzweifelt macht.

Uns liegt eine qualitativ hohe Ausbildung der zukünftigen Schüler am Herzen und wir sprechen uns vehement gegen ein zu Grabe Tragen unseres bis jetzt sowohl im In- als auch im Ausland hoch geschätzten Bildungssystems aus.

Wir sind davon überzeugt, dass folgende von der Regierung derzeit geplanten Maßnahmen eine massive Nivellierung des Bildungsniveaus nach unten bewirken werden:

1. Die Erhöhung der Lehrverpflichtung von 20 auf 24 Werteinheiten und die Gleichstellung aller Fächergruppen.

Es wird in den Medien, wenn von LehrerInnen gesprochen wird, von 17 -20 Stunden Arbeitszeit geredet. Das stimmt nicht. Denn jede Lehrkraft, die eine Stunde Unterricht in der Klasse hält, hat mindestens eine Stunde Vor- bzw. Nachbereitung. Ein guter, lebendig gestalteter und zeitgemäßer Unterricht benötigt aber meistens sogar mehr als eine Stunde Vorbereitung. Somit kommt jede voll beschäftigte Lehrkraft auf weit mehr als 40 Stunden Arbeitszeit mit den unbezahlten Zusatzstunden wie Supplierstunden, Sprechstunden, Planungsstunden etc.,. Arbeitszeitstudien zeigen, dass es durchschnittlich 51 Stunden sind. Für LehrerInnen mit Schularbeitenfächern kommt die Korrektur der Schularbeiten, regelmäßiger Wiederholungen und Hausübungen noch dazu. Die Erstellung und Korrektur von

Schularbeiten in der Unterstufe dauert je nach Unterrichtsfach, Schülerzahl und Schulstufe mindestens 6 bis 12 Stunden. Die Erstellung von Schularbeiten in der Oberstufe, die sich an der standardisierten Matura orientieren, dauert 4 bis 5 Stunden, die Korrektur zusätzliche 9 bis 20 Stunden je nach Korrekturfach, da die Mehrheit der Oberstufenklassen derzeit mehr als 25 Schüler hat.

Somit haben diese LehrerInnen von Korrekturfächern wöchentlich eine Mehrbelastung von bis zu 12 bzw. 25 Stunden pro Korrekturklasse zusätzlich zu den 40 Wochenstunden. Lehrpersonen mit 6 Korrekturklassen (derzeit volle Lehrverpflichtung) haben während dieser arbeitsintensiven Schularbeitszeit keinerlei Freizeit mehr, auch nicht an Wochenenden.

Eine volle Lehrverpflichtung mit 7 bis 8 Korrekturklassen ist schlichtweg nicht mehr zu schaffen. Darüber hinaus müsste man von jeglicher Korrektur der Hausübungen und Wiederholungen, die wesentlich zum Lernerfolg beitragen, gänzlich absehen. Deshalb sollte zwischen den verschiedenen Fächergruppen unbedingt mehr differenziert werden. Sprachinteressierte JunglehrerInnen könnten sonst keinesfalls mehr zwei Sprachen unterrichten.

2. Das Verhindern einer neuen Arbeitszeitstudie aus ideologischen Gründen.

Diese würde objektiv aufzeigen, wie viel Zeit jede Pädagogin und jeder Pädagoge tatsächlich für die Vorbereitung ihres/seines Unterrichts benötigt. Daraus könnte man ihre/seine Arbeitsbelastung erkennen.

3. Die Vereinheitlichung der Ausbildung von PädagogInnen, die in verschiedenen Bereichen tätig sind.

Das konstante Gleichmachen aller pädagogischen Tätigkeiten und das Negieren der Tatsache, dass einer in einer 8.Klasse unterrichtenden Professorin für Mathematik andere pädagogische, intellektuelle und kognitive Fähigkeiten abverlangt werden als z. B. einer Volksschullehrerin entspricht nicht der Realität. Wäre es so, wie es das Ministerium vorsieht, dass alle PädagogInnen dieselben Fähigkeiten benötigen, dann stellt sich die Frage, warum eine Volksschullehrerin nicht bei Bedarf als Mathematikprofessorin in einer 8. Klasse AHS eingesetzt werden kann, wo sie z.B. gerade die Kompetenz „Kennen und Interpretieren von statistischen Hypothesentests und von Konfidenzintervallen“ den SchülerInnen vermitteln soll.

4. Die Forderung, dass jede Lehrkraft alle Gegenstände unterrichten solle.

Dies muss zu einer Verminderung der Qualität der Ausbildung zukünftiger Generationen führen. Jugendliche spüren sehr wohl, wenn die Lehrkraft in ihrem Fach inkompetent ist, was rasch zu Autoritätsverlust und in der Folge zu Burnout führen kann.

5. Das Masterstudium, das JunglehrerInnen berufsbegleitend (neben der vollen Lehrverpflichtung) absolvieren müssen.

Junge LehrerInnen, die für ihre Vorbereitung naturgemäß länger brauchen als erfahrene LehrerInnen, besonders dann, wenn sie ein Fach unterrichten müssen, das

sie nicht einmal studiert haben, werden überfordert sein und Gefahr laufen bei Nichtabschließen des Studiums gekündigt zu werden.

6. Das Vermindern der Lebensverdienstsumme um 20% bei gleichzeitigem Anheben der Arbeitszeit um 40%.

Schon jetzt ist die Lebensverdienstsumme einer Lehrperson geringer als die einer gleich qualifizierten Person in der Privatwirtschaft. Mit dem derzeit geplanten Gesetz würde sich für zukünftige AHS - JunglehrerInnen eine massive Lebensverdiensteinbuße ergeben, sodass der Lehrberuf verglichen mit der Privatwirtschaft noch weniger attraktiv werden würde.

Dieses Gesetz ist ein weiterer (ideologisch begründeter) Versuch die Langform der AHS abzuschaffen. Nicht eine Einheitsschule, sondern die Vielfalt von verschiedenen Schultypen wird den unterschiedlichen Bedürfnissen unserer Kinder (SchülerInnen) gerecht. Auch nicht ein Einheitsdienstrecht, sondern ein Dienstrecht, welches auf die verschiedenen Schultypen eingeht, wäre die richtige Entscheidung.

Summa summarum erwarten wir uns von Ihnen, sehr geehrte Frau Marek, dass Sie sich für unsere Anliegen einsetzen, dass Sie nicht zulassen, dass gegen LehrerInnen, die zukünftige Generationen ausbilden werden, als personae non gratae gehetzt wird und dass nicht nach dem Prinzip „Divide et impera!“ ein Keil in die Lehrerschaft getrieben wird, um mitunter leichteres Spiel zu haben. Weiters hoffen wir, dass Ihre Partei sich dafür einsetzt, dass in Zukunft an der Ressortspitze jemand steht, der kompetent ist, dem Bildung am Herzen liegt und der die Lehrerschaft vertritt und nicht - wie derzeit leider gegeben - bekämpft.

.

Mit besorgten Grüßen

